Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus

Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege

Band: 89 (1995)

Heft: 6

Artikel: Der Weltsozialgipfel - neues Bündnis zwischen UNO und Nicht-Regierungs-Organisationen

Autor: Ordnung, Carl

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-143910

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 20.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Carl Ordnung

Der Weltsozialgipfel – neues Bündnis zwischen UNO und Nicht-Regierungs-Organisationen

Vom 6. bis 12. März 1995 hat in Kopenhagen der Weltsozialgipfel stattgefunden. Carl Ordnung war für die Christliche Friedenskonferenz dabei. Er berichtet uns über seine positiven Eindrücke von der Zusammenarbeit zwischen den anwesenden Nicht-Regierungs-Organisationen und der UNO. Auch wenn Schlusserklärung und Aktionsprogramm wenig Verbindliches enthalten, so geben diese Dokumente den Nicht-Regierungs-Organisationen dennoch die Möglichkeit, die UNO und die Regierungen bei deren Absichtserklärungen zu behaften. *Red.*

Ein positives Bild der UNO

Der Weltsozialgipfel Anfang März in Kopenhagen hat mir ein ganz neues, positives Bild der UNO vermittelt. Die unglückseligen Blauhelm-Einsätze, die als Beweis für die Unfähigkeit der Weltorganisation genommen werden, sind erfreulicherweise nur ein kleiner und dazu kontrovers beurteilter Teil ihrer Aktivitäten. Auf anderen Gebieten, etwa der Rüstungskontrolle und Abrüstung, der Entwicklung, Umwelt und Bildung leistet sie Beachtliches, was freilich weniger spektakulär ist.

Vor allem aber hat die UNO in den nunmehr 50 Jahren ihres Bestehens ein *starkes Eigengewicht* gewonnen. Unter ihren hohen Beamten und den Mitgliedern der verschiedenen Kommissionen findet sich eine wachsende Zahl erfahrener und weitblickender Persönlichkeiten aus Politik, Wissenschaft und Wirtschaft, die sich nicht länger von den nationalen Interessen ihrer Staaten leiten lassen, sondern die die globale Situation und die sich daraus ergebenden Notwendigkeiten vor Augen haben und entsprechende Vorschläge unterbreiten.

Eindrucksvolle Beispiele dafür waren die im «Bericht über die menschliche Entwicklung 1994» des *UNO-Entwicklungsprogramms* mit Blick auf Kopenhagen formulierten Vorschläge zur Realisierung einer Friedensdividende nach dem Ende des Kalten Krieges, zur Besteuerung von spekulativen grenzüberschreitenden Finanztransfers und zur Kompensation der Nachteile, die die Entwicklungsländer infolge der derzeitigen Weltwirtschaftsmechanismen erleiden.

In Kopenhagen selbst stellte die Kommission *«Globale Zusammenarbeit und Steuerung»* ihren Bericht vor, der die Einrichtung eines Wirtschaftssicherheitsrates und eines Petitionsrates vorschlägt, der Nicht-Regierungs-Organisationen (NROs) die Möglichkeit eröffnen soll, massenhafte Menschenrechtsverletzungen oder andere gravierende Probleme, deren Behandlung von den entsprechenden Regierungen bisher blockiert wurde, vor das Forum der UNO zu bringen. Diese Vorschläge wurden auf einigen der zahlreichen Veranstaltungen des NRO-Forums auf der Insel Holmen diskutiert und unterstützt. Auf dem eigentlichen UNO-Gipfel im modernen Bella-Konferenz-Zentrum am Rande der dänischen Hauptstadt, in dem sich die Regierungsvertreter versammelten, wurden sie aber kaum am Rande erwähnt. Auch in die dort im Konsens verabschiedete 80seitige Schlusserklärung mit Aktionsprogramm ist keiner von ihnen aufgenommen worden.

Wenn also der Zustand der Welt nicht besser ist, dann ist das nicht die Schuld der

UNO, sondern in erster Linie diejenige der Regierungen (und der sie bestimmenden Kräfte), die nach wie vor zuerst ihre *nationalen Interessen* verfolgen und noch nicht begriffen haben, dass wir alle in dem einen Boot der einen Welt sitzen und entweder miteinander überleben oder miteinander untergehen.

Freilich zeigten sich in Kopenhagen *Unterschiede bei den Regierungen.* Dänemark gab zu Beginn des Gipfels bekannt, dass es allen am wenigsten entwickelten Ländern die Schulden erlasse. Es erhoffte sich von diesem Beschluss eine Signalwirkung, die allerdings nur von Österreich positiv beantwortet wurde. Und auch Deutschland machte nicht die schlechteste Figur unter den Industrieländern: Es setzte sich gegenüber den EU-Partnern nachdrücklich für die 20:20-Regelung ein, nach der 20 Prozent Entwicklungshilfe der Industrieländer und 20 Prozent des Budgets der Entwicklungsländer für soziale Programme eingesetzt werden sollten (was leider auch nur in verwässerter Form aufgenommen wurde).

Wenn ich trotz der beschriebenen Zurückhaltung der Regierungen nicht die weithin negative Beurteilung der Gipfelergebnisse durch die meisten Medien teile, dann aus folgendem Grund: Obwohl es so gut wie keine konkreten Festlegungen gab, so enthalten doch Schlusserklärungen und Aktionsprogamm eine Reihe von Verpflichtungen, die zumindest in die *richtige Richtung* weisen – und die gegenüber ihren Regierungen einzuklagen, zu den wichtigsten Aufgaben von NROs und anderen politischen Kräften in den kommenden Jahren gehören dürften.

Wachsender Einfluss der Nicht-Regierungs-Organisationen

Ich nenne einige *Beispiele:*

– Es wird mehrfach auf die negativen Auswirkungen hingewiesen, die Militär- und Rüstungsausgaben sowie der Waffenhandel für die soziale Entwicklung haben, und es werden entsprechende Veränderungen angemahnt.

– Es wird die wissenschaftliche Untersuchung der Auswirkungen von Strukturanpassungsprogrammen auf arme Bevölkerungsschichten gefordert und die Verpflichtung formuliert, dass künftige Strukturanpassungsprogramme von vornherein soziale Ziele einschliessen sollten, in Richtung auf Überwindung der Armut, auf Herbeiführung von Vollbeschäftigung und Förderung sozialer Integration.

– Es wird die Veränderung jener verschwenderischen Konsum- und Produktionsmuster vor allem in den Industrieländern verlangt, die die Hauptursache für die fortgesetzte Zerstörung der globalen Umwelt sind und Armut und Ungleichheiten verstärken.

– Von diesen und vielen anderen formulierten Zielen wird gesagt, dass ihre Erreichung in erster Linie in der Verantwortung der Staaten liegt, die darüber regelmässig nationale Berichte veröffentlichen sollten.

– Schliesslich soll ein dynamischer, offener, freier Markt gefördert werden, während gleichzeitig die Notwendigkeit der Intervention in diesen Markt in dem Ausmass anerkannt wird, das notwendig ist, um Stabilität, fairen Wettbewerb, ethisches Verhalten und die Harmonisierung wirtschaftlicher und sozialer Entwicklung sicherzustellen.

Es wurde beschlossen, im Jahre 2000 eine *Sondersitzung* der UNO-Vollversammlung zur Überprüfung der Verwirklichung dieser und anderer Festlegungen abzuhalten und 1996 zum Jahr der Überwindung der Armut zu erklären.

Dass dies alles so gesagt und beschlossen wurde, ist vor allem dem wachsenden Einfluss der NROs zu danken. Die dänischen Gastgeber hatten für *Veranstaltungen der NROs,* die mit über 5000 Vertreterinnen und Vertretern aus allen Kontinenten angereist waren, ein riesiges Gelände auf der Insel Holmen ziemlich im Zentrum von Kopenhagen zur Verfügung gestellt, das bis vor kurzem Stützpunkt der Kriegsmarine war. Die zahlreichen nicht mehr neuen Gebäude wurden notdürftig für Konferenz- und Ausstellungszwecke her-

gerichtet. Ich sah darin ein Symbol für Konversion – auch in dem Sinne, dass die Umkehr vom Kriegs- zum Friedenshandwerk uns sicher ein sinnvolleres und weniger bedrohtes, aber keineswegs ein bequemeres Leben bescheren wird.

Hier fanden Tag für Tag Hunderte von Informationsveranstaltungen, Seminaren, Begegnungen, Rundtischgesprächen statt. Vertreterinnen und Vertreter der UNO und der Regierungen wurden zur Befragung eingeladen. Erstaunlich waren Interesse und Anteilnahme der *Bevölkerung von Kopenhagen.* Täglich – nicht nur am Wochenende – kamen Tausende von jungen Menschen, ganze Schulklassen, ältere Ehepaare, sahen sich aufmerksam die Ausstellungen an, setzten sich hin und wieder in die gerade stattfindenden Konferenzen und studierten die in Fülle aufliegenden Informationsmaterialien, Thesenpapiere und Erklärungen. Enttäuscht zeigten sich Taxichauffeure, Restaurantbesitzer und Anbieter touristischer Exkursionen; sie hatten mit einem besonderen Geschäft gerechnet. Aber die NRO-Vertreterinnen und -Vertreter waren um der Sache willen und nicht als Touristen in die dänische Hauptstadt gekommen, und ausserdem gehörten sie im allgemeinen nicht zu den Begüterten, so dass sie sich in den überfüllten Bussen drängten, statt Taxis zu benutzen.

Alternative Kopenhagener Erklärung

NRO-Delegierte hatten in relativ grosser Zahl schon an den Sitzungen der offiziellen Vorbereitungskommission für den Weltsozialgipfel teilgenommen und versucht, Einfluss auf die Formulierung der *Schlussdokumente* zu nehmen. Das gab es vorher so noch nie. Als sich in Kopenhagen dann zeigte, dass die Regierungen nicht bereit waren, die Kritik der NROs aufzunehmen, wurde eine *Alternative Kopenhagener Erklärung* formuliert, der die Mehrzahl der NROs zustimmte. Die Kernsätze lauten: «Zwar hat es Fortschritte darin gegeben, kritische Fragen auf den Verhandlungstisch des Gipfels zu bringen. Wir meinen aber, dass der ökonomische Rahmen, auf den sich die Dokumentenentwürfe beziehen, in einem Grundwiderspruch steht zu den Zielen einer ausgeglichenen und tragfähigen sozialen Entwicklung. Das übergrosse Vertrauen, das die Dokumente in die niemandem rechenschaftspflichtigen ‹Kräfte des freien Marktes› als Basis für die Organisation nationaler und internationaler Wirtschaften setzen, verschärft die gegenwärtige globale soziale Krise eher, statt sie zu überwinden. Diese falsche Prämisse gefährdet die Verwirklichung der Ziele, die der Sozialgipfel formuliert hat.»

Ich habe ähnliche Einwände, manchmal noch schärfer formuliert, in den Papieren zahlreicher anderer NROs aus Japan, Lateinamerika, Südostasien und natürlich aus Europa und Nordamerika auf dem NRO-Forum gefunden. Es war beeindruckend, dass Vertreterinnen und Vertreter unterschiedlichster Anliegen von Frauen- bis zu Umweltverbänden, von der Landminenkampagne bis zur Antikorruptions-Initiative «Transparency International», von kubanischen NROs bis zu den Zapatistas aus Chiapas sich in dieser Frage einig waren. Das dürfte ein wichtiger Anknüpfungspunkt für die Arbeit nach dem Gipfel sein. Um keine Missverständnisse aufkommen zu lassen: In der Erklärung wird ausdrücklich unterstrichen, dass die Kritikerinnen und Kritiker nicht über ein alternatives Wirtschaftsmodell verfügen, es geht ihnen vielmehr um *Regulierung statt Deregulierung,* um die Einbeziehung der lokalen Initiativen, der Energie der Frauen und um vieles andere, woran die Kräfte des freien Marktes vorübergehen.

Wertorientierung und ethische Verpflichtung

Es war interessant, dass sowohl auf dem NRO-Forum als auch in den Erörterungen der Regierungsvertreter immer wieder von der Notwendigkeit einer Wertorientierung und ethischen Verpflichtung geredet wurde. Auch von dieser Seite her sollten den Marktkräften Schranken gesetzt werden. In diesem Sinne erwähnt das Schlussdokument mehrfach den Begriff *Solidarität.*

So war es kein Wunder, dass der Beitrag religiöser und kirchlicher Kräfte Beachtung fand. *Konrad Raiser,* der Generalsekretär des Weltkirchenrates aus Genf, hatte die Möglichkeit, vor dem Plenum des Gipfeltreffens gleich am ersten Tag zu reden. Auch er kritisierte die Bedeutung, die dem Wirtschaftswachstum und dem freien Markt als Universalheilmittel für beinahe alle sozialen Übel in den Schlussdokumenten zugemessen wird. Denn: «In dem Masse, in dem die Weltproduktion gewachsen ist, hat die Zahl der Armen zugenommen, hat sich die Kluft zwischen Reichen und Armen vertieft.» Raiser gab dann eine interessante Anregung: So wie die Menschheit das Existenzminimum für die einzelnen fixiert habe, so sei es an der Zeit, über die *Grenze für das Maximum* zu sprechen, jenseits dessen die Entwicklung exzessiv und ruinös wird.

Bedeutung der internationalen Zivilgesellschaft

Auch wenn die NROs nicht alle ihre Ziele erreicht haben, ihr Einfluss war in Kopenhagen mit Händen zu greifen. Sie können von den Regierungen nicht länger ignoriert werden. Im Schlussdokument findet sich der Begriff «Zivilgesellschaft» (deren Ausdruck und Träger die NROs sind) nicht weniger als 120 Male. Sie wird als wichtiger Faktor bei der Gestaltung der künftigen Welt betrachtet. Regierungen – auch die deutsche – laden zur *Zusammenarbeit* ein. US-Vizepräsident Al Gore erklärte in Kopenhagen, dass seine Regierung in Zukunft 40 Prozent ihrer Entwicklungshilfe über NROs abwickeln wolle. Das ist sicher ein Erfolg, aber darin liegt auch die Gefahr der Vereinnahmung. Nach Kopenhagen steht den NROs eine nicht einfache Gratwanderung bevor. Dabei sollten sie die Regierungen nicht aus deren Verantwortung entlassen.

Die schon erwähnte UNO-Kommission «On Global Governance» geht davon aus, dass die Weltentwicklung nicht länger primär von Regierungen gesteuert wird. Es haben sich daneben *andere globale Steuerungskräfte* entwickelt: die Wirtschaft, die Medien, die Wissenschaft und eben die internationale Zivilgesellschaft. Es dürfte spannend werden, wie sich die NROs in das Zusammenwirken und Wechselspiel dieser Steuerungskräfte einbringen. Die Vorschläge, die diese UNO-Kommission dafür erarbeitet hat, wurden leider kaum diskutiert. Der Ko-Vorsitzende dieser Kommission, Shridath Ramphal, langjähriger Generalsekretär des Commonwealth, sagte während des Gipfels, er sehe drei mögliche Ergebnisse: 1. Es kommt zu Reformen in der UNO, was das beste wäre, aber unwahrscheinlich ist. 2. Es geht alles weiter wie bisher, was schlecht wäre. 3. Es gibt einige kosmetische Veränderungen; das wäre das schlechteste.

Es blieb bei Nummer zwei – und das heisst: die Arbeit beginnt jetzt erst. Und sie kann nicht erfolgreich sein ohne ein engeres Bündnis zwischen UNO und NROs. Wenn die internationale Zivilgesellschaft ihrer Aufgabe gerecht werden will, dann müsste langfristig *jeder Bürger* und *jede Bürgerin* in jedem Land sich *in einer der unzähligen NROs* engagieren. Das ist die Vision, mit der ich aus Kopenhagen zurückkomme.

Niemand darf seinen Wohlstand vergrössern, solange nicht alle das Existenzminimum haben.

(Ökumenischer Rat der Kirchen, Offizieller Bericht der Fünften Vollversammlung vom 23.11. bis 10.12.1975 in Nairobi, Frankfurt am Main 1976, S. 106)